

Neue Westfälische vom 06.05.2009

Im Visier der Kammerjäger

Vorwürfe gegen IHK-Rechnungsprüfungsstelle in Bielefeld
von MARTIN KRAUSE; Bielefeld.

Die IHK-Verweigerer sind eine Gruppe von Unternehmern, die seit vielen Jahren schon gegen das deutsche "Kammerunwesen" zu Felde ziehen. Für Kritik an den 80 Industrie- und Handelskammern und ihrer Dachorganisation DIHK greifen sie zu beißender Polemik: Von menschenverachtendem Kammerzwang ist dann die Rede oder gar von Schutzgelderpressung. Ins Visier der Truppe ist auch die bundesweit zuständige Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs in Bielefeld geraten.; Der ostdeutsche Unternehmer Frank Lasinski, Chef eines EDV-Dienstleisters in Mittenwalde, und der Kasseler Reisebüroinhaber Kai Boeddinghaus stehen an der Spitze des Bundesverbands für freie Kammern (BffK), der aus dem Verein der IHK-Verweigerer hervorgegangen ist. Die angeblich mehr als 1.000 Mitglieder fordern eine grundlegende Reform des Kammerystems. Statt der Zwangsmemberschaft fordern sie freiwillige Mitgliedschaft. Den Kammern werfen sie Verschwendung und Veruntreuung von Zwangsbeiträgen vor sowie eine ausufernde Bürokratie mit hunderten von Geschäftsführern.; Als Beispiel für Missmanagement gilt der Fall der IHK Lüneburg-Wolfsburg, die wegen "maßloser Pensionsansprüche der Mitarbeiter" in die Bredouille geriet. Als die Kammer 2006 erstmals eine Bilanz nach Handelsrecht aufstellen musste, kam ans Licht, dass sie sich in einer Schieflage befand, von Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit nicht weit entfernt. Allerdings sollen schon 2001 in einem Gutachten Versorgungsverpflichtungen von fast 12 Millionen Euro festgestellt worden sein - doch dem standen nur Finanzmittel in Höhe von 4 Millionen Euro gegenüber.; Die Geschichte schwelt seit Jahren und gipfelte im Rauswurf des Lüneburger Hauptgeschäftsführers Wolfram Klein, der erst Ende 2006 ins Amt gekommen war und durch externe Sachverständige Licht ins Dunkel hatte bringen wollen. Der Stuttgarter Rechtsanwalt Jürgen Glock konstatierte, dass wegen der Pensionsverpflichtungen eine Zahlungsunfähigkeit der Kammer "konkret absehbar" sei. Das Mitarbeiterversorgungswerk und die Pensionszusagen an die Geschäftsführer stellten "Überversorgung dar, die dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zuwiderlaufen", so der Gutachter. Er fand Versorgungszusagen und Zahlungen ohne rechtliche Grundlage und nannte Namen. In einem Fall soll eine Exgeschäftsführerin Zahlungen kassiert haben, deren Annahme "verbots-, mindestens aber sittenwidrig gewesen sein dürfte".; Der Gutachter greift auch die Bielefelder Rechnungsprüfer an: Die seien ihren Verpflichtungen "fahrlässig nicht in der erforderlichen Art und Weise nachgekommen". Sie hätten auch "fahrlässig versäumt", die Kammer rechtzeitig auf die Risiken aus der Altersvorsorge hinzuweisen. Im Gegenteil: Ein Früherkennungssystem für Bilanzrisiken bei der Kammer hielten die Rechnungsprüfer demnach ausdrücklich für nicht erforderlich. Der Stuttgarter kommt zu einem vernichtenden Urteil und spricht von einer "schuldhaften Verletzung der Pflichten".; "Kammerjäger" Kai Boeddinghaus wirft

den Bielefeldern ganz allgemein vor, mehr Komplize als Kontrolleur der Kammern zu sein. Die Rechnungsprüfungsstelle habe wiederholt für die Weißwaschung von Flecken auf der Kammerweste gesorgt, klagt Boeddinghaus und nennt dafür Beispiele aus der IHK Kassel. Einmal habe die Rechnungsprüfungsstelle bei der Suche nach Ausreden geholfen, als es Probleme mit der privaten Kasseler Managementschule KIMS gab. Ein andermal habe die Kammer fast 800.000 Euro bei der isländischen Kaupthing-Bank verspekuliert, "und die Rechnungsprüfer zucken nur mit den Achseln".; BffK-Chef Lasinski moniert, dass die Prüfungsstelle vom DIHK unterhalten wird - von einem "privatrechtlichen Verein, der selbst keiner öffentlichen Kontrolle unterliegt". Der DIHK wiederum werde von jenen Kammern getragen, die die Rechnungsprüfer kontrollieren sollen: "Dass das schon von der Konstruktion her nicht richtig sein kann, sollte sich von selbst verstehen."; Peter Spengler, der die Rechnungsprüfungsstelle der Kammern seit Juli 2008 führt, wischt pauschale Vorwürfe mit dem Hinweis auf die Unabhängigkeit seiner Institution beiseite. Aber er gibt zu, dass die Höhe der Pensionsverpflichtungen tatsächlich ein Problem sei. Nur sei leider das Ausmaß der kommenden Belastungen erst ans Tageslicht gekommen, als die kameralistische Buchführung der öffentlich-rechtlichen Kammern in den Jahren 2003 bis 2008 auf eine kaufmännische (doppelte) Buchführung umgestellt wurde. In mancher Kammer sei man ziemlich "überrascht" gewesen über die Höhe der versprochenen Summen. In Lüneburg sei mit der Eröffnungsbilanz klar geworden: Das Kammervermögen wird durch die Pensionszusagen nahezu aufgeessen.; Von Unterdeckung oder drohenden Kammerpleiten will Spengler jedoch nicht sprechen. "Es gibt immer Deckung", sagt der Wirtschaftsprüfer. Vor der Zahlungsunfähigkeit könnten ja noch die Mitgliedsbeiträge erhöht werden - im Zweifel zum Verdruss der Unternehmer. Die Altersvorsorge wurde zudem inzwischen auf ein beitragsfinanziertes System umgestellt.; Ganz im Sinne der IHK-Kritiker handelt unterdessen der Bayerische Oberste Rechnungshof: Die Münchner versuchen seit 2005, die Bücher der IHK Augsburg zu prüfen. Die Kammer sieht dafür allerdings keine Rechtsgrundlage und verweigert die Einsichtnahme in die Bücher mit Hinweis auf die regelmäßigen Kontrollen durch die IHK-Prüfungsstelle in Bielefeld.; Die Rechnungsprüfer des Freistaats aber sind beharrlich. In dritter Instanz liegt der juristisch spitzfindige Streit seit Monaten beim Bundesverwaltungsgericht. Ein Urteil könnte Auswirkungen auf andere Bundesländer haben, glauben Beobachter. Peter Spengler bleibt gelassen. "Es geht nicht darum, unsere Zuständigkeit zu verdrängen, sondern um ein zusätzliches Prüfungsrecht", glaubt er. Das wäre dann wohl ganz im Sinne doppelter Buchführung.